

Quelle

Datum

BM + P/2/1
 SDI - Libyen - Wahl '87 - Staatsschutz -

Landwirtschaft - Streikparagraph

Kein Feind, aber ein Kritiker dieser Koalition

Mit Franz Josef Strauß sprachen
 Josef Joffe und Christian Schütze

SZ: Sie sind einer der schärfsten Kritiker unserer SDI-Politik gegenüber Washington. Was hätte die Bundesregierung besser machen sollen?

Strauß: Wer eine Politik kritisieren will, muß sie kennen. Der Bürger konnte sich bisher kein klares Bild machen, was eigentlich die deutsche SDI-Politik ist. Bei der Wehrkundekonferenz 1985 hat der Bundeskanzler sich klar zugunsten des SDI-Projekts und der deutschen Mitarbeit bekannt. Kurz darauf hat der Außenminister sich sehr skeptisch dazu geäußert. Von da an war der Bundeskanzler in Schwierigkeiten, seine eigene Position mit der des FDP-Außenministers in Einklang zu bringen. Dazu kommt, daß offensichtlich der jetzige Vorsitzende der FDP eine positivere Einstellung zur deutschen Mitarbeit an den Tag legt als der Außenminister. Es war für Herrn Bangemann auch nicht leicht, in den USA zu erklären, warum gerade er mit den Verhandlungen beauftragt wurde, was sein Auftrag ist, und welche Geheimnisse der deutschen Innenbeziehungsweise Koalitionspolitik sich hier ausgewirkt haben.

Ich bin für eine deutsche Mitwirkung sowohl der Privatwirtschaft als auch der staatlichen Forschung, auch der militärischen Forschung. Es ist töricht zu sagen, man muß wissen, ob überhaupt dieses Projekt technisch durchführbar ist. Das würde heißen, das Pferd am Schwanz aufzuzäumen. Man muß die Ergebnisse der Forschungsphase auswerten, um zu wissen, was sinnvoll ist und was nicht, was technisch durchführbar ist und was nicht.

SZ: Sinnvoll wofür?

Strauß: Wir sind interessiert, daß die deutsche Wirtschaft Aufträge erhält und am Technologietransfer beteiligt wird. Das ist auch die eigentliche Aufgabe des Bundeswirtschaftsministers.

Es geht darum, daß wir insgesamt mit unserem wissenschaftlich-technischen Erkenntnisstand an den Ergebnissen, auch wenn sie militärisch nicht verwertbar sein sollten, beteiligt werden. Schließlich die militärische Ebene: Hier brauchen wir uns nicht zu verstecken. Warum hat man eigentlich bei uns immer Angst, die militärischen Probleme ehrlich und offen anzuschneiden. Wir sind nach den Amerikanern der zweitstärkste NATO-Partner. Ohne unsere 500 000 Soldaten gäbe es keine funktionsfähige NATO. Wir haben das legitime Recht, für uns die gleiche

„Ich halte es nicht für richtig, wenn jemand mit der kleinen Trompete neben der Militärmusik herläuft und sich selber für den Tambourmajor des Musikkorps hält“

Sicherheit zu verlangen wie die Amerikaner sie für sich verlangen. Das schließt auch ein, daß die Abwehr und Zerstörung der uns bedrohenden Kurz- und Mittelstreckenraketen ebenfalls Gegenstand der Forschungsphase ist - nicht nur die U-Boot-Raketen und Interkontinentalraketen, die das besondere Bedrohungspotential für die USA darstellen.

SZ: Die Bundesregierung tut fast immer so, als wenn es nur um die Erfindung der nächsten Generation der Testkopfpane ginge, also nur um den Technologietransfer, den spin-off. Das Bild in Bonn ist verwirrend...

Strauß: ... wenn dieses verworrene Bild entstanden ist, dann nicht zuletzt deshalb, weil es beim Koalitionspartner nicht nur eine abweichende Haltung gibt, sondern weil der Koalitionspartner zu dieser Frage ein positives Element hat - Stichwort Bangemann - und ein negatives - Stichwort Genscher.

SZ: Warum ist die FDP gespalten?

Strauß: Hier kann man nur Vermutungen anstellen, das möchte ich aber nicht tun, weil Vermutungen leicht irritierend, vielleicht sogar beleidigend oder zumindest koalitionsbelastend wirken können - die berühmten „Querschüsse“ aus München. Darum sage ich am liebsten: Fragen sie mich etwas Leichteres.

SZ: Wo liegt das Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik in Fragen SDI?

Strauß: Wir haben den merkwürdigen Zustand, daß die bisherigen Gegner der nuklearen Abschreckung jetzt auf einmal Gegner des SDI-Projektes geworden sind und anscheinend die Fortsetzung der nuklearen Abschreckung lieber in Kauf nehmen als den Versuch, sie durch eine neue technische Dimension zu relativieren, zurückzustufen. Wenn man sagt, die nukleare Abschreckung sei gefährlich, sie könne nicht von Dauer sein, stellt man automatisch die Frage, welche Strategie sie ablösen soll. Einseitige Abrüstung? Nein. Lösung der Frage durch Krieg? Natürlich nicht. Eine rasche Änderung der sowjetischen Politik und Anpassung an den allgemeinen Kodex des Völkerrechts der Demokratien ist auch nicht zu erwarten. Also bliebe die Beibehaltung der Abschreckung oder der Versuch, sie durch eine neue technische Dimension zu überlagern.

Die Gefahr für Amerika sind die U-Boot-Raketen, sind die Interkontinentalraketen. Für uns sind die Gefahr die Kurz- und Mittelstreckenraketen. Die Amerikaner versuchen, ihre Gefähr-

Quelle

Datum

Quelle
dung zu vermindern, aber jetzt schreien die Europäer, daß die amerikanischen Sicherheitsgarantien nicht mehr glaubwürdig sind. Und das nehmen uns die Amerikaner übel. Sie sagen: Als wir noch nicht verwundbar waren, habt ihr unsere Sicherheitsgarantie geglaubt. Als wir im vollen Risiko drin waren, habt ihr unsere Glaubwürdigkeit bezweifelt. Und jetzt, wo wir versuchen, die Nuklearstrategie zu überlagern, jetzt sind wir wiederum nicht glaubwürdig, weil wir angeblich für uns mehr Sicherheit anstreben als für die Europäer. Wenn wir euch die Beteiligung anbieten, ziert ihr euch in Deutschland. Was wollt ihr Europäer eigentlich?

SZ: Natürlich bietet ein unverwundbares Amerika eine bessere Abschreckungsgarantie...

Strauß: Aber die Europäer sagen, Kamerad GI, du sollst nicht nur in Europa gleichgefährdet sein, auch deine Heimat soll gleichgefährdet sein wie wir es sind. Und das ist dieser Knick in der europäischen Bewertung. Unser militärisches Interesse, das wir nicht zu verstecken brauchen, ist es, wenn das Problem - wie ich vermute - technisch lösbar ist, die Kurz- und Mittelstreckenraketen, die auf uns gerichtet sind, möglichst schon beim Verlassen des Abschlußgestelles zu zerstören.

SZ: Das ist das strategische Interesse?

Strauß: Ja.

SZ: Sie meinen, die Amerikaner sollen sich ruhig unverwundbar machen, aber wir müssen dafür sorgen, daß die spezifische Bedrohung für

Westeuropa gleichzeitig mit der Bedrohung für Amerika ausgeschaltet wird?

Strauß: Ich glaube nicht, daß man sie ausschalten kann. Ich glaube nur, daß man sie relativieren, modifizieren oder reduzieren kann. Und hier wird eine der entscheidenden Fragen sein, ob nicht die Entwicklung dieser Technik zur Anhäufung von Angriffswaffen führt nach dem Motto: Wenn von fünf vier vernichtet werden, dann schaffen wir uns halt zehn an, dann bleiben zwei, oder ob sie zur Abwertung der Angriffswaffen bis zur Sinnlosigkeit führt. Es wird wahrscheinlich nicht möglich sein, ein völlig erdumspannendes Netz der Abwehr zu schaffen.

SZ: Ist im amerikanischen SDI-Forschungsprogramm die Idee der Abwehr gegen Mittelstreckenraketen enthalten?

Strauß: Ja, sie arbeiten daran. Mir sagten einige Gesprächspartner in Amerika sogar, das Problem der Kurzstreckenraketen sei technisch einfacher zu bewältigen als das der Interkontinentalraketen. Trotz der kürzeren Laufzeit sei es einfacher bei einer Kurzstreckenrakete festzustellen, wo sie abgefeuert wird, mit welchem Bahnverlauf, mit welchem Ziel. Und aus diesem Grunde bin ich für eine Beteiligung der Bundesrepublik.

SZ: Sie haben mit sehr scharfen Worten die Bundesregierung in Sachen Libyen kritisiert. Was hätte Bonn in der Frage Libyens und des Terrorismus tun müssen?

Strauß: Zwei Vorbemerkungen: Ich bin erstens kein unkritischer Bewunderer oder Gefolgsmann der amerikanischen Politik, das gilt sowohl für die Vergangenheit wie für die Gegenwart. Ich will das nur sagen, damit Sie nicht meinen, daß, wenn die Amerikaner sagen, wir tun was, der Franz Josef Bravo schreit und ein Jubellied anstimmt. Zweitens, wir sind nicht unbelastet gegenüber den USA. - Das gilt leider auch für die Zeit nach dem Amtsantritt Helmut Kohls, obwohl hier ganz fundamentale Unterschiede zu den früheren Regierungen vorliegen. Ich verweise hier

2
„Wir sollten nicht vergessen, daß die NATO uns Schutz vor der Sowjetunion und Sicherheit vor den Amerikanern gibt“

auf die unglaublich törichte Regierungserklärung zur amerikanischen Intervention in Grenada, die in ihren fast beleidigenden Formulierungen vom Kabinett nicht gebilligt wurde, weil das Kabinett gar nicht damit befaßt war, aber vom Außenminister im deutschen Bundestag abgegeben wurde. Dort hieß es, die Amerikaner hätten eine politische Lösung suchen müssen statt einer militärischen. Die Amerikaner sollten sofort abziehen, damit das Selbstbestimmungsrecht dort wieder eingeführt werden könne. Wer die Verhältnisse auf Grenada kannte, weiß, daß das ein makabrer Witz ist. Dann die Unklarheiten der deutschen Mittelamerikapolitik, wo es ja erhebliche Meinungsunterschied zwischen CDU/CSU und FDP gibt. Dann die nie geklärte Formulierung, die Herr Genscher gebraucht hat, von einer neuen Phase der Entspannungspolitik. Wir sind in einer Phase, in der man diese Dinge zunächst den Herren Reagan und Gorbatschow überlassen muß, bevor wir uns zu Wort melden. Ich halte es nicht für richtig, wenn jemand mit der kleinen Trompete neben der Militärmusik herläuft und sich selber für den Tambourmajor des Musikkorps hält.

SZ: Ist das die Beschreibung des Außenministers?

Strauß: Das ist die Beschreibung derjenigen, die selber mit wenig eigenem Aufgebot viel von sich reden machen. In diesem Zusammenhang muß man auch die Libyenfrage stellen. Warum hat die Bundesregierung nicht die deutschen Staatsbürger aufgefordert, Libyen zu verlassen? Es gibt sicherlich wirtschaftliche Interessen, aber der Ölbezug ist heute nicht mehr so entscheidend wie noch vor einigen Jahren. Zumindest sollte die Bundesregierung nicht nur deklamatorisch, sondern praktisch ihren Beitrag leisten, daß nicht Ölerlöse in Blut umgewandelt werden können. Es ist nicht gut, wenn die Amerikaner bei allem, was sie unternehmen, auf die Ablehnungsfront der Europäer stoßen, die durchaus verschiedene Motive haben, von ehrenwert-idealistischen bis zu sehr kommerziell-schabigen.

SZ: Was könnte die Bundesregierung jetzt noch tun?

Strauß: Wenn die Bundesregierung um ihre Staatsbürger besorgt ist, dann müssen die Staatsbürger zurückgerufen werden. Wenn nach wie vor Ölbezüge aus Libyen erfolgen, dann müssen sie und andere wirtschaftliche Verbindungen überprüft werden.

SZ: Das heißt, daß man die Abhängigkeit von Libyen vermindert. Müßte Bonn noch mehr tun - als Boykotte, Embargos...?

Strauß: Da bin ich sehr zurückhaltend. Ohne Kenntnis der wirklichen wirtschaftlichen Zusammenhänge sollte man nicht den heiligen Krieg erklären.

SZ: Unsere Abhängigkeit von Libyen ist doch verhältnismäßig gering.

Strauß: Als manchmal sehr scharfer Kritiker der amerikanischen Politik, möchte ich doch sagen, wir dürfen den Amerikanern nicht die Rolle des Grenzwächters überlassen: Also die Amerikaner sind für die Bewachung und wir sind für

Quelle

Datum

die Entspannung oder für den Handel zuständig. Ich spüre es ja drüben, wie sich ein negatives Deutschlandbild auch gegenüber der jetzigen

„Man darf die CSU nicht so einordnen, wie es primitive Beobachter tun: Sagt die FDP ja, sagt die CSU nein, oder umgekehrt“

Regierung trotz gegenteiliger diplomatischer Beteuerungen zu formieren beginnt. Wir sollten nicht vergessen, daß die NATO uns Schutz vor der Sowjetunion und Sicherheit vor den Amerikanern gibt.

SZ: *Das müssen Sie uns erklären: Sicherheit vor den Amerikanern?*

Strauß: Auch aus diesem Grunde bin ich gegen jede Neutralitätspolitik. Neutrales Gelände zwischen zwei Großmächten wird im Falle eines Konfliktes nicht als befreundetes Gelände behandelt.

SZ: *Herr Ministerpräsident, können wir zur Innenpolitik überwechseln? Das Bild der Koalition war während der vergangenen Wochen unübersichtlich, um es milde zu sagen. Der Wahlkampf hat sehr früh begonnen. Kann das in dieser Weise weitergehen?*

Strauß: Der Bundeskanzler hat sicherlich seine liebe Mühe und seine große Not, mit diesen Problemen zurechtzukommen, denn seinem Naturell und seinem politischen Wesen liegt es näher, Partner verschiedener Meinung an den Verhandlungstisch zu bringen, sie sich zu einer Lösung durchraufen zu lassen, um dann dieser Lösung seinen Segen zu erteilen. Daß diese Koalition mit Spannungen belastet war, ergibt sich aus ihrem Zustandekommen. Denn wenn man dreizehn Jahre Opposition getrieben hat, dann kann man nicht bei der Änderung der Koalition so tun, als ob nur bisherige Oppositionsparteien nunmehr die bisherige Politik ablösen. Wenn die eine Koalitionspartei, die die von uns kritisierte Politik maßgebend mitgetragen hat, einerseits so tut, als ob sie die Kontinuität garantierte, darf sie andererseits den Koalitionspartner Union nicht so provozieren, daß er sagt: Wozu haben wir eigentlich Opposition gemacht? Dann hätten wir ja gleich mit der SPD eine Große Koalition machen können.

Die Abrechnung mit der Vergangenheit, das ist die eine Belastung. Die andere Belastung ist, daß eine Minderheit in der FDP die heutige Koalition nicht will, obwohl sie keinen klaren Ausblick hat und keine reale Chance sieht, die alte Koalition wiederherstellen zu können. Das zeigt sich jetzt in Bonn auf einer Reihe von Gebieten. Aber man darf die CSU nicht so einordnen, wie es primitive Beobachter tun: Sagt die FDP ja, sagt die CSU nein, oder umgekehrt.

Beispiele: In der Frage der Steuerpolitik war ich der lauteste Rufer für eine einzügige Durchführung, unterstützt von Genscher und Lambsdorff, die sich aber leider in der Regierung nicht durchsetzen konnten. Oder die innere Sicherheit: Die Parlamentarier haben hart daran gearbeitet, aber der Durchbruch – wenn er es wird – ist erst gelungen, als im Gespräch der drei Parteivorsitzenden – Kohl, Bangemann, Strauß – jeder einen Vertrauensmann benannt hat. Schäuble, Kinkel, Stoiber, diese drei haben für die sieben umstrittenen Gesetze Texte erarbeitet, die echte Kompromisse darstellen. Jetzt versucht ein Teil der FDP,

dieses Paket aufzubrechen, im Wissen, daß dann das ganze Paket nicht zustande kommt.

SZ: *Warum?*

Strauß: Weil die Gesetze des Pakets in sich zusammengehören. Wir haben nachgegeben in ge-

wissen Bereichen des Datenschutzgesetzes, die FDP-Seite hat nachgegeben in der Frage der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz. Nebenbei: Ich kenne keinen demokratischen Staat der Welt, in dem es ein Verstoß gegen das Gebot der Liberalität, der Toleranz und der Rechtsstaatlichkeit wäre, wenn die Polizei Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Aktivitäten dem Verfassungsschutz mitteilt oder umgekehrt.

SZ: *Wäre unter Umständen eine Verfassungsänderung nötig?*

Strauß: Zu den sieben Gesetzen bedarf es keiner Verfassungsänderung.

SZ: *Aber Strafverfolgung und Staatsschutz sind doch verfassungsgemäß getrennt, sind unterschiedliche Aufgabenbereiche.*

Strauß: Aber es geht hier doch um den Austausch von Erkenntnissen, nicht um Strafverfolgung. Die Polizei hat doch nur zu einem Teil mit der Strafverfolgung zu tun, aber auch mit der Verhütung und Aufklärung von Vergehen und Verbrechen gegen die Verfassung. Da erfährt die Polizei, daß sich hier ein anarchistischer Klub gründet, der eine Terrororganisation aufbaut, und die Polizei darf das nicht mitteilen?

SZ: *Nicht automatisch, nur auf Anfrage.*

Strauß: Jetzt begeben wir uns auf das Gebiet des chemisch reinen Unsinn. Die Polizei sitzt auf den Erkenntnissen: Wenn die fragen, antworten wir, wenn die nicht fragen, dann kriegen sie keine Erkenntnisse. Wenn die Polizei erfährt, daß jemand einen Anschlag gegen die Verfassung plant, dann sollte sie den Verfassungsschutz nicht informieren dürfen?!

SZ: *So läuft aber die Diskussion.*

Strauß: Absolut falsch, Schwachsinn ... Es gibt keinen Staat der Welt, in dem das so geregelt ist, und ich möchte wissen, welcher Artikel in der Verfassung der Polizei verbietet, verberische Aktivitäten den zuständigen Diensten mitzuteilen. Da würde eine liberale, demokratische Verfassung auf den Kopf gestellt. Dann wäre die Verfassung der Schutz der Verfassungstreuen statt der Schutz der Verfassungstreu.

SZ: *Der Bundeskanzler sagt, die Koalition könne die Bundestagswahl '87 nur als ganze gewinnen oder verlieren. In Wahlkämpfen konkurrieren aber Parteien mit anderen Parteien, nicht Koalitionen mit Oppositionen. Ist die Aufforderung, Koalition zu wählen, ein versteckter Rat zur Leihstimmenabgabe?*

Strauß: Der Bundeskanzler kann nur gemeint haben, daß die Koalition bei Eintritt in den Wahlkampf dem Wähler eine gemeinsame Leistung der Regierung und der sie tragenden, manchmal auch schaukelnden parlamentarischen Mehrheit

„Ich bin nicht der Meinung, daß wir der FDP den Sack vor die Türe stellen sollen“

vorlegen muß. Der Bundeskanzler kann nicht Leihstimmen gemeint haben. Er sagt, wir müssen um jede Stimme kämpfen; wir haben keine Stimme zu verschenken. Wenn also er davon spricht, daß die Koalition geschlossen die Wahl gewinnen

3

Quelle

Datum

muß, dann meint er nicht das wenig erfreuliche Rezept der CDU in Hessen, mit dem sie ja prompt auf die Nase gefallen ist: Wer FDP wählt, wählt auch Wallmann – damit waren sie weiter weg vom Fenster als vorher. Die FDP muß sich ihre fünf Prozent oder mehr selber besorgen.

SZ: Sie kämpfen für die absolute Mehrheit. Wenn die Union sie gewinnt, ist dann eine Koalition mit der FDP noch nötig?

Strauß: Ich bin nicht der Meinung, daß wir der FDP dann den Sack vor die Türe stellen sollten. Ich habe nie gesagt, wenn wir es allein schaffen, dann lehnen wir jeden Koalitionspartner ab.

SZ: Sie wären also jetzt bereit, die FDP an der Regierung zu beteiligen, selbst wenn die CDU/CSU eine absolute Mehrheit erreicht.

Strauß: Das ist nicht meine Entscheidung, ich habe nur meine Meinung gesagt. Ich bin nicht anti-FDP-abonniert. Ich bin kein Feind dieser Koalition, aber ich bin ein analytischer Kritiker dieser Koalition.

SZ: Über Ministerposten soll erst nach der Wahl entschieden werden, sagt der Bundeskanzler. Wäre es nicht interessant für Wähler, zu wissen, mit welcher Mannschaft ein Kandidat ins Rennen geht?

Strauß: Wir sitzen hier in der bayerischen Staatskanzlei und nicht im Palais Schaumburg. Hier gibt es für den amtierenden und wohl auch

designierten Kanzler der nächsten Periode so viel an ungelösten Problemen, die er zum Teil auch einfach vor sich hergeschoben hat, daß es ihm heute sehr schwerfallen würde, seine eigenen, auch mir nur zum Teil bekannten Überlegungen der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

SZ: Aber an sich wäre es attraktiv, wenn ein Wähler wüßte, wen er mitbringen will.

Strauß: Sie reden von dem Gewinn, wenn der Wähler weiß, wer was wird; und der Kanzler denkt an den Krach, also an den Schaden, der aufkommt, wenn er seine Verhandlungen oder Überlegungen frühzeitig preisgibt.

SZ: Die bayerischen Bauern sind besonders unzufrieden mit der gegenwärtigen Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung. Es wird von produktionsunabhängigen Einkommensübertragungen – Stichwort: Landschaftspflege – schon lange geredet, aber es geht nichts voran, wie kommt das?

Strauß: Wir hatten am 18. Dezember ein Gespräch mit Kiechle, Eisenmann und Sühler unter meinem Vorsitz; dabei waren noch die drei Fraktionen aus Bund, Europa und Landtag vertreten. Das Ende der Besprechung war eine 5-Punkte-Zusammenfassung der Probleme. Aufgrund dieser fünf Punkte sollen alle Beteiligten bis zum 28. Februar ein Papier erarbeiten und ihre Ideen niederschreiben. Die fünf Punkte sind:

1. Kernelement der Landwirtschaftspolitik ist und bleibt eine kostendeckende Preispolitik. Sie ist nur erzielbar, wenn die Produktion gesenkt wird, also wenn Nachfrage und Angebot sich annähern.

2. Agrar-soziale Maßnahmen.

3. Aufgabe von Flächen aus der Bewirtschaftung und eine Entschädigung für landschaftspflegerische Maßnahmen, vor allen Dingen der Mittel- und Kleinbauern, besonders in den benachteiligten Gebieten.

4. Steuerliche Probleme – da ist das Arsenal der Möglichkeiten beinahe ausgereizt.

5. Unter Zuhilfenahme aller Erkenntnisse der modernen Agrarwissenschaft die systematische

Prüfung der Frage, welche nachwachsenden, für die Industrie oder Energiegewinnung benötigten Rohstoffe bei uns erzeugt werden können. Dieses Paket soll Gegenstand der Besprechungen werden, die ab März beginnen.

Ich war nicht sehr erfreut, als die Vertreter des Bauernverbandes zunächst sagten, was bisher geschehen sei, sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich habe mich redlich bemüht, zum Teil in härtesten Auseinandersetzungen mit der Bundesregierung, mit Stoltenberg, auch mit meinem

„Wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, daß eine Änderung des § 218 nicht zur Diskussion steht, daß es dafür keine denkbare Mehrheit gibt“

eigenen Parteifreund Kiechle, die Bonner Haltung aufzulockern. Hier sind viele Fehler gemacht worden, sachliche Fehler, psychologische Fehler.

SZ: Gibt es ein Konzept für die produktionsunabhängige Einkommensübertragung?

Strauß: Das ist unser Punkt 3. Wir haben finanzielle Vorstellungen erahnt. Es dürfte sich auf 500 bis 800 Millionen Mark belaufen, wahrscheinlich eher 800 als 500 – im Bund.

SZ: Thema Paragraph 116. Das hat sich weit über den ursprünglichen Anlaß hinausentwickelt, hat Dimensionen angenommen, die kaum noch beherrschbar sind.

Strauß: Man soll ein Problem so früh lösen, daß es nicht solche Dimensionen erreichen kann.

SZ: Wäre es besser gewesen, an der Sache nicht zu rühren?

Strauß: Das nicht, aber sofort im Zusammenhang mit dem Streik im Jahr 1984 und mit der fragwürdigen Auslegung der damaligen Rechtsgrundlagen durch die Arbeitsjustiz in Hessen und Bremen hätte eine Gesetzesnovellierung erfolgen sollen. Der damalige Streik war auch bei den Arbeitnehmern nicht sehr beliebt. Die Novellierung muß das Ziel verfolgen, die Waffengleichheit und die Neutralitätspflicht des Staates zu sichern, ohne das Streikrecht einzuschränken. Man kann der Versicherungsgemeinschaft nicht zumuten, daß die Arbeitgeber für die Streikpläne der Gewerkschaften zahlen, und man kann den Gewerkschaften nicht zumuten, daß sie für die Arbeitgeber bluten. Beim Gespräch zwischen CDU und CSU in Bonn am letzten Donnerstag hat sich folgendes herausgestellt:

1. Bei der Kompliziertheit der Rechts- und Sachlage gibt es keinen besseren Weg, bei Arbeitskämpfen die Neutralität des Staates sicherzustellen, als den Gesetzesvorschlag Blüms.

2. Die CDU hält ohne Änderungen an ihm fest und kann sich der Unterstützung der CSU sicher sein.

SZ: Paragraph 218. Zu mehr als zu einer gemeinsamen Mahnung gegen den Mißbrauch der sozialen Indikation hat sich der Bundesrat nicht entschlossen. Gibt es noch Möglichkeiten?

Strauß: Man soll die Auseinandersetzung um die Grundwerte unseres menschlichen Daseins fortsetzen, das heißt auch, den Kampf für die Rechte des ungeborenen Lebens, aber wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, daß eine Änderung des § 218 nicht zur Diskussion steht, daß es dafür keine denkbare Mehrheit gibt. Und daß auch die Bezahlung auf Krankenschein nicht einfach aufgehoben werden kann, weil die Frage,

4

wer zahlt dann bei sozial Schwachen, bis jetzt nur mit dem Hinweis auf die Sozialhilfe beantwortet worden ist. Und dieser Hinweis ist natürlich nicht unbedingt hilfreich. Ich sage das weniger aus eigenem Wissen, sondern aus dem geistigen oder moralischen Vermächtnis meiner Frau. Meine Frau war eine leidenschaftliche Gegnerin der Abtreibung. Sie hat die letzten Jahre ihres Lebens getan, was sie konnte, um bedrängten Frauen und werdenden Müttern zu helfen. Aber sie sagte, es ist nicht damit getan, daß man die in der Zwischenzeit eingetretenen Veränderungen jetzt einfach nicht zur Kenntnis nehmen will, also einfach ersatzlos die Bezahlung auf Krankenschein streichen soll. Nur, die soziale Indikation ist ja doch für viele nur ein Feigenblatt. Zwei Drittel aller bekannten Abtreibungen laufen in dem Lande mit dem höchsten Einkommensstand der Welt unter sozialer Indikation. Da stimmt doch etwas nicht. Die soziale Indikation wird hier als Generaltitel genommen gegen alle Arten von Einschränkungen, Unannehmlichkeiten, Entbehrungen, die man mit einem Kind auf sich nehmen muß. Aber ich glaube, wir können die Debatte darüber schließen, im Bundestag wird auf diesem Gebiet nichts getan. 10